

Beitrag von Bürgermeister Hans-Josef Vogel (Deutscher Städte- und Gemeindebund) im Rahmen des „Strukturierten Dialogs“ am 15. Juni 2006 mit der Vizepräsidentin der EU-Kommission Margot Wallström über ein neues EU-Kommunikationskonzept

Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin Wallström,

herzlichen Dank für die Einladung zu diesem Gespräch. Ich bin Bürgermeister von Arnsberg. Arnsberg ist eine alte Hauptstadt und ein modernes Wirtschaftszentrum in Westfalen. Westfalen hat im Jahr 1648 dem „instrumentum pacis“, dem „Westfälischen Frieden“ Europas seinen Namen gegeben. Die Reichsstädte traten damals als 3. Kurie mit Sitz und Stimme neben die Kurfürsten und Fürsten. Das heißt: Selbstbewusste Bürger betraten die Vorderbühne der Politik.

Der bürgerliche Sinn für Freiheit und Gleichheit begann, die Kommunikation zu beschleunigen. Kommunikation als Austausch von Ideen und Meinungen. Das wiederum war – im Verein mit Solidarität, einen Begriff, den wir heute ganz neu definieren müssen – zentrale Voraussetzung für die zunehmende Kooperationsfähigkeit von immer mehr Menschen. Immer größere und schwierigere Unternehmungen wurden möglich, zu denen weder Einzelne noch kleine Gruppen in der Lage gewesen wären.

Wie ist die Lage:

Viele Menschen haben Angst, Angst vor der Globalisierung, Angst vor Arbeitslosigkeit.

Viele Menschen verstehen die politischen und ökonomischen Übergangssituationen nicht ausreichend. Die Lebenswelten, Lebensentwürfe und Lebensstile der Menschen werden immer verschiedener. Die Menschen leben auch im eigenen Land, in der eigenen Stadt in unterschiedlichen Kulturen und Sprachen. Und im Verhältnis zu früher sind die Menschen gebildeter. Menschen, die viel wissen, sind eigensinniger.

Was müssen wir tun?

Ich nenne fünf Punkte:

Wir dürfen uns nicht auf „technisch-instrumentelle“ Themen beschränken. Die vorliegenden Papiere müssen stärker „inhaltlich“ aufgeladen werden. Eine Therapie ohne Diagnose wird nicht helfen:

Wir müssen alles tun, damit sich die Menschen in den Regionen artikulieren können. Die Menschen müssen Gehör finden: ihre Stimmungen und Meinungen, ihre Ängste und Wünsche müssen wir viel gründlicher zur Kenntnis nehmen, bevor wir mit ihnen in Kommunikation eintreten. Lesen wir auch das Nein der Volksabstimmungen zum Verfassungsvertrag gründlicher und damit anders: als ein Zeichen des Interesses und des Willens der Bürgerinnen und Bürger, Einfluss auf die Zukunft Europas zu nehmen. Es war im Kern kein Nein zu Europa.

Wir brauchen eine qualitative Marktforschung, wobei ich „Markt“ im Sinne eines politischen Forums auffasse. Die Bedingungen für eine gelingende Kommunikation müssen erkundet werden, bevor man mit großen Kampagnen startet. Ich verweise darauf, dass sich an den Universitäten Innsbruck, Nijmegen, Bonn und Heidelberg ein Netzwerk „Europäische Kommunikationskultur“ formiert.

Wir brauchen Verständigungskommunikation statt Herrschaftskommunikation. Auch der Entwurf des Verfassungsvertrags ist eher in der Sprache von Herrschaftskommunikation abgefasst als in der Sprache der Menschen. Informieren und verkünden wird nicht helfen. Ideen, Meinungen und Wissen müssen von oben nach unten und von unten nach oben fließen. Es muss eine dialogische Struktur entwickelt werden zwischen der EU und den Regionen. Ich verweise hier zum Beispiel auf die erfolgreichen lokalen Bürgerpanel.

Wir brauchen Transparenz: Wo Europa drin ist, muss auch Europa drauf stehen. Und wo Europa nicht drin ist, darf auch nicht Europa drauf stehen. Aus Europa-Mitteln dürfen nicht über Nacht nationale Mittel werden. Und aus nationaler Bürokratie darf nicht über Tag europäische Bürokratie werden. Wir brauchen aber auch Transparenz, damit die Kommunen keine Scouts mehr brauchen, die für europäisches Handeln der Kommunen und Regionen Fördermöglichkeiten der EU erst aufwendig auskundschaften müssen.

Gibt es Anknüpfungspunkte? Ich meine: Ja

Das Konzept „Europa der Bürger“ der 90er Jahre. Das „Europa der Bürger“ war Ziel und zugleich kommunikatives Leitmotiv. Es ist etwas in den Hintergrund geraten. Schreiben wir es neu für die ersten Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts.

Das Konzept der „EU-Bürgerschaft“, die als Rechtsinstitut die Ebenen Stadt, Staat und Europa umfasst und zugleich enorm kommunikativ wirken würde. Dies Konzept ist leider liegen geblieben.

Die Europa-Netzwerke: die ursprünglichen und neuen Partnerschaften der Städte, Gemeinden, Kreise und Regionen. Hier findet Dialog untereinander statt. Und die Menschen wohnen nicht einmal direkt nebeneinander. Hier treiben Bürgerinnen und Bürger Europa voran.

Nur wenn Europa sich auf seine eigenen Kräfte, auf seine eigenen Wurzeln besinnt, dann können die Ängste der Einzelnen gebunden, dann können die Einzelnen bestärkt, ermutigt und zur Kooperation befähigt werden.

Das wichtigste Potenzial Europas sind freie, solidarische und motivierte Menschen!

Europa als eine „Unternehmung mit Menschen“ zu begreifen, das ist vielleicht der wichtigste Schritt in Richtung eines neuen europäischen Kommunikationskonzeptes.

Frau Wallström, wir unterstützen Sie. Viel Erfolg und vielen Dank!